

Eine grüne Vision für Europas Wirtschaft

Hintergrund

Eine grüne Vision für die Wirtschaft

Nach Ansicht der europäischen Grünen muss menschliches Handeln berücksichtigen, dass wir Teil eines reichen, aber endlichen, interdependenten und fragilen Ökosystems sind. Vor diesem Hintergrund ist Wirtschaft für uns ein Mittel und kein Selbstzweck. Vorrangiges Ziel wirtschaftlichen Handelns ist es, Grundbedürfnisse zu stillen und zu einer besseren Lebensqualität für alle, heute und in der Zukunft, beizutragen.

Eine gesunde Wirtschaft setzt einen gesunden Planeten voraus; ökologische und soziale Nachhaltigkeit ist eine Grundvoraussetzung für eine grüne Wirtschaft. Heutige Generationen nutzen und verwalten die Erde im Namen zukünftiger Generationen. Nachhaltige Entwicklung stillt die Bedürfnisse heutiger Generationen, ohne die Bedürfnisse zukünftiger Generationen aufs Spiel zu setzen.

Im Mittelpunkt einer grünen Vision für die Wirtschaft stehen soziale und ökologische Gerechtigkeit und Billigkeit, innerstaatlich und zwischenstaatlich. Dies beinhaltet eine gerechte Nutzung der Erdressourcen und die Umkehrung des Trends der wachsenden Kluft zwischen Arm und Reich. Wir wollen die Ungleichheiten bei der Verteilung von Macht und dem Zugang zu Ressourcen verringern. Jeder Mensch hat das Recht auf Befriedigung seiner Grundbedürfnisse wie saubere Luft, Wasser, Nahrung, Boden, Wohnraum, Energie, Gesundheit und Freiheit. Jeder Mensch hat ein Recht auf Solidarität, Demokratie, Selbstbestimmung, Autonomie, Verantwortung, Würde und Selbstverwirklichung. Die Wirtschaft muss das Wohlergehen erhöhen statt es zu mindern.

Eine grüne Wirtschaft ist eine innovative und kreative Wirtschaft, in der Investitionen in nachhaltige Entwicklung und umweltfreundliche Technologie eine zentrale Rolle spielen. Sie ist anpassungsfähig und schafft viele neue Möglichkeiten, insbesondere auf dem Arbeitsmarkt, indem sie es allen Menschen ermöglicht, ihre Begabungen auszuschöpfen. Der Schlüssel zu einer grünen Wirtschaft liegt darin, den Verbrauch von natürlichen Ressourcen zu senken.

Warum wir einen Kurswechsel brauchen

Wir stehen heute vor noch nie da gewesenen Herausforderungen, nicht nur ökologisch; die Globalisierung der Märkte, der Finanzströme und der Kommunikation geht über bestehende strukturelle oder institutionelle Grenzen hinweg und belastet die nationalen Volkswirtschaften. Auf der Grundlage von Wissen, Kultur und Innovation verwandeln sich unsere europäischen Industriegesellschaften des letzten Jahrhunderts in eine sehr komplexe Dienstleistungswirtschaft, die die Herstellung ihrer Industriegüter und die damit verbundene Umweltverschmutzung in hohem Maße in Länder wie China, Indien, Brasilien und andere Schwellenländer auslagert. Daneben werden immer mehr Aspekte des Lebens in reine Wirtschaftsgüter umgewandelt.

Während die Wirtschaft global agiert, wird die soziale Sicherheit weiterhin durch die diversen Systeme auf nationaler oder regionaler Ebene geregelt. Sinkende Steuereinnahmen infolge eines schädlichen Steuersenkungswettbewerbs, Steuerbetrug durch Unternehmen und die Existenz von Steueroasen haben zu einem ungerechten Steuersystem und zur Verschärfung der Finanzkrise der europäischen Wohlfahrtssysteme geführt. Massenarbeitslosigkeit, immer weiter steigende Gesundheitsausgaben und der demografische Wandel führen dazu, dass ein Großteil des auf der Besteuerung des Faktors Arbeit basierenden sozialen Unterstützungssystems von heute in vielen Ländern nicht mehr funktionsfähig ist. Durch diese Entwicklungen wird es für nationale Regierungen immer schwieriger, die sozialen Sicherungssysteme aufrechtzuerhalten, geschweige denn zu verbessern.

Reichtum und Armut steigen in nie da gewesenen Maße. Die soziale Kluft zwischen Arm und Reich zwischen den Menschen innerhalb von Gesellschaften, zwischen Männern und Frauen, zwischen Regionen und Ländern, zwischen Norden und Süden, wird größer. Heute entspricht das Gesamtvermögen der 200 reichsten Menschen der Welt dem Besitz der zwei Milliarden ärmsten Menschen des Planeten.

Dass der Klimawandel eine wachsende Bedrohung ist, zeigt sich besonders dramatisch in einigen unwiderlegbaren Tatsachen. Der Wettbewerb um die Ausbeutung nicht erneuerbarer Energiequellen wird immer mehr nicht nur zu einem geschäftspolitischen Thema, sondern auch zu einer Frage, die bis in den Kern der internationalen Politik vordringt und sogar den Frieden in der Welt bedroht. Ganze Regionen, wenn nicht Länder, sind durch den steigenden Meeresspiegel bedroht. Die Klimakrise ist das sichtbarste Beispiel der Zerstörung unserer Umwelt, aber auch der Verlust der Artenvielfalt, übermäßiges Abfallaufkommen, Entwaldung, chemische Verunreinigung, elektronische Umweltverschmutzung, Lärm, Bodenschädigung und Wasserverunreinigung sind Teil der Umweltkrise.

Im Stern-Bericht über die Kosten des Klimawandels (2006) wird das Problem sehr deutlich beschrieben. Wenn wir nicht die notwendigen Investitionen tätigen (1 % bis 2 % des weltweiten BIP), um die für die Bekämpfung des Klimawandels notwendigen Änderungen umzusetzen, werden die Folgen für Umwelt und Wirtschaft beispiellos und irreversibel

sein. Wenn wir jetzt nicht handeln, könnten die Kosten innerhalb weniger Jahrzehnte schließlich so weit ansteigen, dass sie bis zu 20 % des BIP ausmachen.

Das derzeitige Wirtschaftswachstum führt zu ernststen „Kollateralschäden“ - es vernichtet natürliches Kapital. Obwohl dies als negativer externer Effekt bezeichnet wird, versäumen es die führenden Ökonomen gewöhnlich, diese Einsicht in die von ihren Modellen abgeleiteten Politikempfehlungen oder in ihre makroökonomische Argumentation einfließen zu lassen. Die durch dieses „natürliche Kapital“ erbrachten Dienstleistungen nutzen den Unternehmen und spiegeln sich nicht in den Realkosten der Produkte wieder. Durch die volle Einbeziehung der Vernichtung natürlichen Kapitals in die Berechnungen könnte das BIP-Wachstum (auf der Grundlage des tatsächlichen gesellschaftlichen Nutzens) korrekt ermittelt werden, das folglich erheblich niedriger ausfallen würde. Laut Weltökosystemstudie „Millennium Ecosystem Assessment“ der Vereinten Nationen vom März 2005 wies ein großer Teil der Länder mit einem positiven Wirtschaftswachstum in Wirklichkeit einen Rückgang ihres Wachstums auf, würde die Zerstörung natürlicher Ressourcen in ihrer volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung berücksichtigt.

Kern der vorherrschenden Wirtschaftspolitik ist das Streben nach stetig steigendem BIP-Wachstum und hohem Massenkonsum. Die Grünen sind der Ansicht, dass die Praxis, Fortschritt nur anhand eines steigenden BIP zu messen, in die Irre führt. Beispielsweise führte das Sinken des Tankers „Erika“ aufgrund der Bergung des Tankers und der Reinigung der Strände zu einer Steigerung des BIP. Ebenso Verkehrsunfälle, Naturgefahren, Krankheiten - alle tragen zum BIP bei. Dagegen werden bestimmte Tätigkeiten wie Hausarbeit und gemeinnützige, unbezahlte Pflögetätigkeiten bei der Berechnung dieses Index überhaupt nicht berücksichtigt. Bereits heute stehen wir mit einem globalen BIP von etwa 43 Billionen Dollar vor einer untragbaren Situation. Wie können wir annehmen, dass der Planet angesichts der derzeitigen Wachstumsszahlen mit einem BIP-Niveau zurechtkommt, das im Jahr 2050 Prognosen zufolge vier Mal so hoch ist wie das derzeitige Niveau (175 Billionen US-Dollar)? In einem Ökosystem mit begrenzten Ressourcen kann das Wachstum des BIP nicht unbegrenzt sein.

Viele der oben genannten Fragen und Herausforderungen lassen sich nicht durch die Mechanismen des Marktes allein regeln; manchmal erweist sich Wettbewerb als kontraproduktiv, insbesondere wenn es um öffentliche Güter wie beispielsweise den Zugang zu Wasser handelt. Sich selbst überlassene Märkte ignorieren ihre Wirkung auf Umwelt und Gesellschaft. Diese Vernachlässigung führt zu Marktversagen.

Was ist eine grüne Wirtschaft? Unsere Vorschläge

Eine grüne Wirtschaft ist eine Wirtschaft der Vielfalt

Als Grüne ist unsere Vision einer Wirtschaft die einer Mischstruktur, in der drei Arten der Produktion von Waren und Dienstleistungen auf der Grundlage bezahlter Arbeit nebeneinander existieren müssen, da jede von ihnen Wert schafft: staatliche Behörden und Unternehmen unter staatlicher Kontrolle, Privatunternehmen, die in erster Linie gewinnorientiert sind, sowie private Organisationen ohne Erwerbscharakter wie Vereine, Genossenschaften und Gegenseitigkeitsgesellschaften, die gewöhnlich unter der Bezeichnung Sozialwirtschaft oder Non-Profit-Sektor zusammengefasst werden und nach demokratischen Grundsätzen („eine Person - eine Stimme“) organisiert sind. Jeder Sektor hat seine eigenen Aufgaben.

Die europäische Wirtschaft ist bereits eine Mischwirtschaft. In einigen europäischen Ländern entspricht die Sozialwirtschaft (beziehungsweise der Non-Profit-Sektor) 10 % des BIP; in anderen Ländern liegen die öffentlichen Ausgaben bei 50 % des BIP oder sogar höher. Im Gegensatz zu den Anhängern der gewinnorientierten Wirtschaft ist uns ein starker öffentlicher oder Non-Profit-Sektor recht, solange diese Wirtschaft der Vielfalt langfristig wirksam zur Verbesserung der Lebensqualität beiträgt.

Die Grünen befürworten die Sozialwirtschaft wegen ihres Potenzials für demokratische Praktiken und setzen sich für ihre optimale Weiterentwicklung ein. Zum Beispiel kann sie lokale Märkte für Aktivitäten, für die sowohl öffentliche als auch private Ressourcen benötigt werden, wie im Kultur- oder Gesundheitsbereich, mit Waren und Dienstleistungen versorgen; selbst Waren und Dienstleistungen, die entweder durch den Privatsektor oder durch den öffentlichen Sektor produziert werden könnten, wie lokale erneuerbare Energien, können durch sie bereitgestellt werden.

Öffentliche Güter wie die Justiz, die innere und äußere Sicherheit, Verwaltung und Infrastruktur können selbstverständlich am besten durch den öffentlichen Sektor gewährleistet werden. Einige wirtschaftliche Tätigkeiten könnten jedoch ebenfalls von staatlichen Unternehmen übernommen werden, wenn die Gemeinschaft es für den besten Weg zugunsten aller hält. Die Grünen vertreten in Bezug auf die Eigentümerschaft bei Diensten und Industrien keinen ideologischen Standpunkt; unterschiedliche Umstände in unterschiedlichen Ländern erfordern unterschiedliche Lösungsansätze. Was wir anstreben, ist ein gleicher und erschwinglicher Zugang, eine hohe Qualität der Dienstleistung sowie die Einbeziehung der globalen ökologischen und volkswirtschaftlichen Kosten. Festzuhalten ist, dass es im Bereich der öffentlichen Versorgung keinen eindeutigen empirischen Beweis dafür gibt, dass der Privatsektor seine Aufgaben besser, zügiger und

wirksamer erfüllt als der öffentliche Sektor. Des Weiteren sind wir der Meinung, dass die öffentlichen Dienste eine besondere Rolle zu spielen haben, indem sie den sozialen Zusammenhalt gewährleisten.

In anderen Bereichen wie Bildung oder medizinische Versorgung muss der öffentliche Sektor weiterhin die wichtigste Rolle spielen, da die kalte Logik des Marktes dazu tendiert, die Ärmsten auszuschließen und weitere Ungleichheiten zu erzeugen. In den übrigen Wirtschaftsbereichen, die keine „öffentlichen Güter“ herstellen, hat sich herausgestellt, dass der Privatsektor wirksam arbeitet, aber nicht in der Lage ist, reale Ökologische und volkswirtschaftliche Kosten, wie die Kosten des Klimawandels, zu internalisieren. Dennoch sind wir Grüne der Ansicht, dass der Privatsektor auch eine innovative Kraft sein kann. Als Mitglied in zahlreichen nationalen und regionalen Parlamenten in Europa haben wir Grüne bewiesen, dass Umweltfreundlichkeit und Wirtschaftlichkeit sich nicht länger ausschließen müssen. Steuerinstrumente oder andere Rechtsinstrumente wie der Einspeisungstarif für erneuerbare Energien sind nur ein markantes Beispiel dieser Erfolgsgeschichte.

Dies muss in einem festgelegten Rahmen geschehen, der durch Gesetze und Verordnungen überwacht wird.

Es bedarf einer angemessenen Regulierung der Weltwirtschaft; diese Regulierung muss so gestaltet werden, dass die wirtschaftliche Freiheit fortbesteht und verhindert wird, dass die Weltwirtschaft benutzt wird, um die kontinuierliche Senkung der Sozial- und Umweltstandards voranzutreiben und die bereits erreichten Erfolge zu tilgen.

Die Wirtschaft regulieren, damit sie Verantwortung übernimmt

Eine Wirtschaft, in der man grundsätzlich danach strebt, das wirkliche Wohl der Menschen langfristig zu erhöhen, bedarf mehrerer umfassender Änderungen in den Bereichen Governance und Regulierung. Die Regierungen müssen eine aktivere Rolle einnehmen, indem sie anerkennen, dass sie diejenigen Organe sind, die über die stärkste Legitimität und Autorität und die stärksten Mittel verfügen, um das öffentliche Gut und die Rechte zukünftiger Generationen wirklich zu schützen. Marktmechanismen können nur jene Bedürfnisse befriedigen, an die ein Geldwert geknüpft werden kann, und sind daher nicht in der Lage, alle Bedürfnisse der Gesellschaft, einschließlich der Bekämpfung des Klimawandels, zu befriedigen. Die Wirtschaft agiert innerhalb eines begrenzten Ökosystems. Es ist die Aufgabe funktionierender, demokratischer und transparenter Regierungen, diese Grenzen festzulegen.

Traditionell sind Machteliten eines der Haupthindernisse für Sozial- und Umweltgerechtigkeit und behindern gleichzeitig eine Modernisierung der Wirtschaft. Daneben werden neu erworbene globalisierte Unternehmensansprüche häufig erhalten und geschützt, während die Arbeit der Regierungen durch rücksichtslose Lobbyarbeit und die Vereinnahmung von Regeln und Normen durch Unternehmen untergraben wird.

Marktbasierte Lösungen allein sind unzureichend, weil nicht davon ausgegangen werden kann, dass alle Akteure entweder umfassend informiert sind oder eher allgemeine als kurzfristige Interessen verfolgen. Deshalb ist es an der Zeit, dass Regierungen und Bürger ihr Recht auf Regulierung und Gestaltung der Wirtschaft einfordern und ausüben.

Die Regierungen sollten Koordinatoren, treuhänderische Verwalter oder Zuteiler unserer Allgemeingüter sein, zu denen Klima, Atmosphäre, Ozeane, Trinkwasser, Artenvielfalt, Ökosysteme usw. gehören. Nach unserer Auffassung dürfen unregulierte Einzelgeschäfte keinen Vorrang vor unseren Allgemeingütern haben, damit Letztere vor Übernutzung geschützt werden und zukünftigen Generationen erhalten bleiben. Es bedarf einer angemessenen Regulierung, die staatlichen Besitz der entsprechenden Eigentumsrechte mit einschließen kann. Regierungen und globale Institutionen haben die Pflicht, sicherzustellen, dass lebenserhaltendes Wissen und lebenserhaltende Technologie zwischen Nord und Süd zum Wohl des Planeten gleich verteilt ist.

Allerdings sind wir Grüne der Auffassung, dass alle Beteiligten ihre Aufgaben erfüllen müssen, damit die Wirtschaft umweltfreundlich gestaltet werden kann. Die staatlichen Stellen müssen einen neuen Rechtsrahmen festlegen, der Normen, Anreize und Steuern umfasst. Innovation muss gefördert und die Sensibilisierung der Öffentlichkeit verbessert werden. Unternehmen müssen Güter herstellen und Dienstleistungen erbringen, die zur Förderung der nachhaltigen Entwicklung benötigt werden. Die Bürger müssen insbesondere als Verbraucher Verantwortung übernehmen, wann immer sich ihr Verhalten auf die Allgemeingüter auswirkt, so zum Beispiel bei der Wahl des Transportmittels, durch Mülltrennung und -reduzierung usw. Wettbewerb auf dem Markt ist kein Selbstzweck, sondern kann ein Werkzeug sein, um die Qualität der Dienstleistungen zu verbessern, die Verbraucherwahl zu gewährleisten, gleichen Zugang zu Grundgütern sicherzustellen und Innovation zu fördern. Um eine Wahl treffen zu können, müssen die Verbraucher besser darüber informiert werden, welche sozialen und umweltspezifischen Auswirkungen die Herstellung der von ihnen konsumierten Waren und Dienstleistungen hat.

Eine grundlegende Reform unserer Wirtschaft ist unerlässlich, da selbst jene, die ihren Lebensstil ändern möchten, um ihre „ökologischen Spuren“ zu reduzieren beziehungsweise ihr Wohlergehen zu verbessern, aufgrund der Art und Weise, wie die Gesellschaft funktioniert, bei der Umsetzung ihres Vorhabens oft vor sehr großen Schwierigkeiten stehen. Sie sind „im System gefangen“. Zeit ist ein entscheidender Faktor bei der Umsetzung dieser Veränderungen, da heutige Verhaltensweisen uns an einen konsumorientierten Lebensstil binden, dessen Auswirkungen immer schwieriger zu beherrschen sein werden und von dem sich loszulösen eine wachsende Herausforderung darstellt (beispielsweise im Bereich des Luftverkehrs).

Darum schlagen wir Grüne Folgendes vor:

- **Politische Reformen** zur Stärkung der gemeinwohlorientierten Rolle des Staates und somit seiner Macht durch die Einführung notwendiger Regulierungsmaßnahmen: Verhältniswahlsystem, ausgewogene Vertretung von Männern und Frauen, öffentliche Finanzierung der Wahlen, Verzicht auf Unternehmensspenden an politische Parteien

und schärfere Restriktionen für Lobbyarbeit und das „Drehtür“-Phänomen zwischen Wirtschaft und Regierung.

- **Umfassende, durchdachte Regulierungsmaßnahmen** für spezifische Verfahren und Produkte, die ausdrücklich dazu dienen, die Arbeitnehmer, das Gesundheitswesen und die Umwelt vor schädlichen Auswirkungen der Wirtschaftstätigkeit zu schützen. Die Maßnahmen müssen auf dem Vorsorgeprinzip basieren.
- **Präzisere Rechnungslegungs- und Haftungsregelungen** zur Wiedergabe der tatsächlichen Kosten von Produkten und Tätigkeiten. Durch politische Maßnahmen, die in verschiedenen Politikfeldern und durch verschiedene Mittel ergriffen wurden, müssen sich die tatsächlichen sozialen, umweltspezifischen und andere Kosten (für zukünftige Generationen) in Preisen in der gesamten Produktionskette widerspiegeln. Auf diese Weise werden gleiche Wettbewerbsbedingungen für nachhaltige Unternehmer geschaffen und basiert der Wettbewerb nicht auf der Schädigung von Umwelt und Gesellschaft. Wir denken dabei an Verbote und Beschränkungen von Ressourcennutzung und Produktionsmethoden, Besteuerung und Zahlungspflicht bei negativen Auswirkungen der wirtschaftlichen Tätigkeit (siehe Abschnitt „Steuern und Subventionen“).
- Beispiele bewährter Praktiken einiger Länder mit stärkeren sozialen Pflichten wie die deutschen Betriebsräte, die französische Gesetzgebung im Bereich der Beschäftigung und einige Fürsorgepflichten in Japan müssen in einen Betriebskodex integriert werden, der für alle Unternehmen gilt, die mit der EU Handel treiben, und die gesetzlichen Pflichten für Leiter von Privatunternehmen müssen ausgedehnt werden. Die skandinavischen Länder sind ein Beispiel dafür, wie Regierung, Gewerkschaften und Arbeitgeberorganisationen Vereinbarungen über die Flexibilisierung des Arbeitsmarkts in Verbindung mit angemessenen sozialen Schutzmaßnahmen und Investitionen in Bildung und Innovation schließen können. Kinderarbeit und schlechte Arbeitsbedingungen dürfen nicht toleriert werden. Diskriminierungen aus Gründen des Alters oder des Geschlechts müssen per Gesetz verboten werden. Als Strafe bei schweren und anhaltenden Verstößen gegen das Gemeinwohl durch Unternehmen muss ein zeitweiliger Entzug der Konzession aktiv in Betracht gezogen werden.
- Wir wollen kleinere Unternehmen, Jungunternehmen, die sich als echte innovative und Arbeitsplätze schaffende Kraft erwiesen haben, fördern. Wir benötigen viel strengere Antimonopol-, Antioligopol- und Kartellgesetze, damit große Partnerunternehmen aufhören, sich gegenseitig Großaufträge zuzuschancen. Wir müssen das öffentliche Auftragswesen zugunsten von kleineren Unternehmen öffnen.
- Es ist außerdem wichtig, einen Erwartungskontext neu zu schaffen, in dem Unternehmen bei all ihren Tätigkeiten eine allgemeine Fürsorgepflicht und Verantwortung gegenüber der Gesellschaft und der Umwelt haben. Benötigt wird daher eine angemessene Reform des Gesellschaftsrechts, um das Gleichgewicht zwischen Unternehmensrechten (z. B. Rechtspersönlichkeit und beschränkte Haftung) und -

pflichten gegenüber der Gesellschaft und der Umwelt, in der sie tätig sind, wiederherzustellen.

- In vielen Fällen hat Deregulierung Schaden angerichtet. Ein Beispiel ist die Finanzwirtschaft, wo sich herausstellt, dass Deregulierung erneut zu globalen Turbulenzen auf den Finanzmärkten geführt hat, die sich auf die Realwirtschaft auswirken. Die Grünen sind der Ansicht, dass der Staat die Finanzmärkte wirksamer regulieren muss.
- Maßnahmen, die verantwortungsvolles Verbraucherverhalten fördern und erleichtern, müssen mindestens die Einschränkung von Werbung für nicht nachhaltige Waren und Dienstleistungen (insbesondere jene, die sich an Kinder und Jugendliche richtet) umfassen, z. B. in Bezug auf Alkohol, Zigaretten usw. Werbung, die sich an Kinder und Jugendliche richtet, muss ebenfalls reguliert werden, um die Schaffung künstlicher Bedürfnisse und übermäßigen, nicht nachhaltigen Konsum zu minimieren. Gleichzeitig müssen Informationen über die Lieferkette von Produkten, z. B. über Herkunft, Auswirkungen und zurückgelegte Entfernung, freier zugänglich sein, um es Privatpersonen zu ermöglichen, Kaufentscheidungen gut informiert zu treffen.
- Eine Studie über den „Community Reinvestment Act“ des US-Kongresses wird durchgeführt, um dessen Wirksamkeit als Instrument umweltfreundlicher Wirtschaftspolitik zu bewerten.

Eine Neudefinition von Wirtschaftswachstum

Wir Grüne unterstützen ein qualitatives Wirtschaftswachstum, das zu einer Verbesserung der Lebensqualität und einer sozial gerechten und ökologisch nachhaltigen Gesellschaft führt.

Wir stellen fest, dass Wirtschaftswachstum auf der Grundlage von unbegrenztem Verbrauch natürlicher Ressourcen auf einem Planeten mit begrenztem Rohstoffvorkommen weder möglich noch wünschenswert ist. Daher bedeutet Wirtschaftswachstum im Sinne der Grünen einen Anstieg wirtschaftlicher Tätigkeit, die zu einer tatsächlichen und angemessenen Steigerung des Wohlergehens der Menschen und nicht zur Erschöpfung natürlicher Ressourcen führt. Die grüne Alternative besteht darin, sicherzustellen, dass wirtschaftliches Wachstum vom Rohstoff- und Energieabbau abgekoppelt werden kann und Innovation, Wissen und Energieeffizienz zu Wertschöpfung führt. Der Gesamtverbrauch von Rohstoffen und das Emissions- und Abfallniveau müssen drastisch auf ein für die Erde verträgliches Maß reduziert werden. Gleichzeitig befürworten wir den Grundsatz, gleiche Pro-Kopf-Rechte auf Ressourcen anzustreben, und wollen ein darauf basierendes politisches Konzept nutzen, um mit unserem

Ansatz globale Probleme wie den Klimawandel anzugehen. Die Steigerung der Ressourcenproduktivität allein reicht nicht aus; Konsummuster müssen die sozialen und ökologischen Probleme, vor denen wir auf diesem Planeten stehen, widerspiegeln.

Die Menschen in armen Ländern und Entwicklungsländern haben das gleiche Recht auf eine hohe Lebensqualität. Auch müssen wir sicherstellen, dass wir durch die Befriedigung der Bedürfnisse der heutigen Generation die Freiheit zukünftiger Generationen bei wirtschaftlichen Entscheidungen nicht gefährden (Was kann produziert werden? Wie kann es produziert und konsumiert werden?).

Weil wir Wirtschaftswachstum anders definieren wollen, schlagen wir vor, die Art der Messung von Wachstum zu ändern. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) als Indikator muss kritisch überprüft und um Faktoren wie die Erschöpfung natürlicher Ressourcen, Krankheitskosten, die Auswirkungen sozialer Deprivation und die Auswirkungen von Menschen geschaffener Katastrophen ergänzt werden. Da es nur das wirtschaftliche Wachstum bemisst, ist das BIP für uns Grüne nur einer von mehreren zu berücksichtigenden Faktoren. Zur Ergänzung sind alternative Indikatoren zu berücksichtigen, die das Wohlergehen der Gesellschaft messen, wie die Indikatoren in Bezug auf Alphabetisierung, Lebenserwartung, Gleichstellung von Männern und Frauen, bezahlte und unbezahlte Arbeit, Zugang zu medizinischer Versorgung, Bildung, sauberem Wasser usw. Wir wollen Indizes (UN-Index der menschlichen Entwicklung, Index für nachhaltigen wirtschaftlichen Wohlstand, Echter Fortschrittsindikator, ökologischer Fußabdruck), die bereits bei der politischen Entscheidungsfindung berücksichtigt werden.

Wir Grüne sind der Meinung, dass der Stabilitäts- und Wachstumspakt der EU durch einen Pakt ersetzt werden muss, in dem auch die nachhaltigen Entwicklungsziele berücksichtigt werden, die nach unserem Willen den Kern der EU-Strategie bilden sollen. Konkret bedeutet das, dass er verbindliche Ziele in Bezug auf die Senkung der Treibhausgasemissionen, bestimmte Beschäftigungsquoten, das Niveau der Kinderarmut und das Ausmaß der Erschöpfung natürlichen Kapitals usw. umfassen muss. Auf Ebene der EU und der Mitgliedstaaten muss eine umwelt- und sozialspezifische Mittelzuweisung installiert werden, die über einen Sanktionsmechanismus ähnlich dem des Stabilitäts- und Wachstumspakts verfügt.

Der europäische Haushalt ist derzeit auf 1 % des BSP beschränkt. Dennoch bedarf es gemeinsamer Anstrengungen, um den ökologischen Fußabdruck zu reduzieren. Dafür werden öffentliche Gelder benötigt, für die die EIB Garantien übernimmt, da viele dieser Investitionen kurzfristig keine Erträge bringen. Wir Grüne befürworten sowohl eine Anhebung als auch eine neue Austarierung dieses Haushalts, um der Union die Mittel an die Hand zu geben, mit denen sie den neuen Herausforderungen, vor denen sie steht, begegnen kann.

Die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank und der Eurogruppe muss besser integriert und auf die Wirtschaftspolitik in der Union abgestimmt sein und dabei die oben genannten Ziele widerspiegeln.

In Ländern mit einem höheren Entwicklungsniveau führt heute die Sorge um das eigene Wirtschaftswachstum und die BIP-Zahlen dazu, dass Regierungen vor der Umsetzung der zur Sicherstellung einer echten nachhaltigen Entwicklung erforderlichen Änderungen zurückschrecken. Die ausdrückliche Feststellung, dass ein Anstieg des BIP nicht automatisch eine Verbesserung des Wohlergehens bedeutet, und dass die Bedeutung anderer Prioritäten im Verhältnis zu wirtschaftlichen Zielen gewichtet und heraufgesetzt werden muss, stellt einen wichtigen Schritt dar, durch den Regierungen in die Lage versetzt werden, die Maßnahmen zu ergreifen, die im Abschnitt „Die Wirtschaft regulieren, damit sie Verantwortung übernimmt“ erläutert werden.

Gleichstellung von Männern und Frauen

In der ganzen Welt verdienen Frauen weniger als Männer für die gleiche Arbeit, ihnen fehlt der Zugang zu Land und zu Krediten, und sie übernehmen einen Großteil der Kinder- und Altenbetreuung, ehrenamtliche Arbeit und andere unbezahlte Tätigkeiten. Weltweit sind die meisten Armen Frauen. Es gibt Anhaltspunkte dafür, dass diese Geschlechterpolarisierung die Wirtschaftstätigkeit negativ beeinflusst. Wir stellen fest, dass die Mikrofinanzierung für Millionen Frauen eine wertvolle wirtschaftliche Starthilfe war.

Wir müssen Maßnahmen stärken, die Frauen den gleichen Zugang zum Arbeitsmarkt, zur Leitung eines Unternehmens und zu allen unterschiedlichen Positionen sichern. Darum setzen sich die Grünen mit Nachdruck für eine Politik ein, die die Teilnahme und den Erfolg von Frauen in der wirtschaftlichen Arena, gute und erschwingliche Kinderbetreuung, großzügig bemessenen Elternurlaub und Schwangerschaftsgeld für Unternehmerinnen sowie Maßnahmen zur Förderung der Gleichstellung von Männern und Frauen in allen Bereichen, wie Frauenquoten in Unternehmensvorständen, zum Ziel hat. Die Grünen setzen sich für die Gleichstellung von Männern und Frauen im Allgemeinen und auf dem Arbeitsmarkt im Besonderen ein (siehe Abschnitt Grüne Beschäftigungspolitik).

Generationengerechtigkeit

Soziale und ökologische Gerechtigkeit ist nicht nur in Bezug auf Solidarität zwischen den heute lebenden Menschen, sondern auch in Bezug auf Solidarität zwischen den Generationen zu berücksichtigen. Die europäische Grüne Partei ist der Ansicht, dass heute lebende Menschen eine Verantwortung gegenüber zukünftigen Generationen tragen. Dies

ist ein Eckpfeiler unseres Konzepts der nachhaltigen Entwicklung. Vor diesem Hintergrund wollen die Grünen Innovation und alternative Lebensstile fördern, um zukünftigen Generationen ein besseres Leben zu ermöglichen und die ökologische Schuld, die sie zu tragen haben werden, zu reduzieren.

Die Grünen wollen kurzfristiges Unternehmerdenken bekämpfen, das im Entscheidungsprozess des Privatsektors wie auch des öffentlichen Sektors vorherrschend ist. Das Quartalsdenken der Unternehmen, das kurzfristige Gewinnstreben von Pensionsfonds oder Regierungen, durch die das Denken auf Wahlperioden verengt wird, sind nachhaltigen Strategien nicht zuträglich. Wir möchten, dass Investitionen langfristige Gewinne erzeugen. Wir Grüne sind immer für die Anwendung des Vorsorgeprinzips. Wir werden keine Maßnahmen unterstützen, die für die menschliche Gesundheit oder die Umweltsituation eine potenzielle Gefahr darstellen. Ebenso werden wir eine Verzögerung der Umsetzung neuer Vorsorgemaßnahmen aus dem alleinigen Grund, dass die Zahl wissenschaftlicher Studien unzureichend ist, nicht akzeptieren. Wir setzen uns für eine vorausschauende Politik ein, die ein stabiles gesetzliches, steuerliches und wirtschaftliches Umfeld schafft, um umweltfreundliche Innovation und die Schaffung von Arbeitsplätzen zu fördern. Eine Orientierung hin zu langfristigem Unternehmerdenken ist auch notwendig, damit die künftige Funktionsfähigkeit der Rentensysteme in einer alternden Gesellschaft sichergestellt ist.

Deshalb schlagen wir Grüne Folgendes vor:

- einen umfassenden Öko-Investitionsplan für nachhaltige Zukunftstechnologien. Angesichts der Größe ihrer Wirtschaft besitzt die Europäische Union das Potenzial, an der Spitze dieses Wandlungsprozesses zu stehen. Sie muss Anreize geben für Investitionen in Forschung, Entwicklung und Unternehmertätigkeit in ökologischen Wirtschaftsbereichen wie nachhaltige Bau- und Wohnungswirtschaft, grüne chemische Industrie, erneuerbare Energien, nachhaltige Landwirtschaft, ökologische Mobilität, E-Kommunikation usw.
- Um die ökologische Schuld zu reduzieren, schlagen wir unter anderem eine obligatorische und systematische vorausgehende Nachhaltigkeitsprüfung der ökologischen und sozialen Auswirkungen öffentlicher Entscheidungen, die Einführung systematischer Umwelt- und Sozialstandards im öffentlichen Auftragswesen, einen ehrgeizigen Investitionsplan für Wohnungssanierungen und eine grüne Steuer im Verkehrssektor vor.
- Was Pensionsfonds angeht, so wird ein großer Teil von ihnen derzeit für Spekulationen und Investitionen in sozial unverantwortliche Aktivitäten verwendet; die Grünen befürworten Zwangsmaßnahmen, um die Investitionen in Richtung nachhaltiger Entwicklung und sozial verantwortlicher Aktivitäten zu lenken.

- Mit Blick auf Erbschafts- und Schenkungssteuer ist es das oberste Ziel der Grünen, die ungerechte Anhäufung von Reichtum und Macht umzukehren und zu verhindern. Die Steuer ist so zu gestalten, dass Wohlstand neu verteilt und die Chancengleichheit erhöht werden. So muss auf „Empfängerbasis“ berechnet werden, d. h. statt der Situation des Erblassers muss die Situation der Person, die das Erbe antritt, berücksichtigt werden. Außerdem müssen auch Schenkungen mit eingeschlossen werden, die zu Lebzeiten gegeben werden, statt nur das im Todesfall vermachte Erbe zu berücksichtigen.

Ausgleich zwischen den Nationen

Aufgrund des unter politischen Entscheidungsträgern jahrzehntelang vorherrschenden Glaubens an die Selbstregulierung der Märkte und des sich daraus ergebenden Mangels an wirksamer weltweiter Regulierung der Wirtschaft hat die Globalisierung zu einer wachsenden Wohlstandskluft zwischen Nationen und innerhalb von Nationen geführt. Diese Kluft bedroht Frieden und Stabilität in der Welt. Während es einigen Ländern gelungen ist, viele Menschen aus der Armut zu holen, nimmt in anderen, insbesondere in Afrika, die Verarmung der Menschen immer weiter zu. Wenn Ökonomen die effizienzsteigernde Wirkung der Globalisierung der Wirtschaft preisen, die sich in einem weltweit ansteigenden BIP äußert, erwähnen sie dabei nicht, dass dadurch kein gesundes soziales Gefüge entsteht, ohne das eine nachhaltige globale Entwicklung nicht möglich ist.

Vor diesem Hintergrund hat die EU eine entscheidende Rolle zu spielen, indem sie die Verbindung zwischen Gemeinwesen und Wirtschaft wieder herstellt. Die EU hat sich zur stärksten Wirtschaftskraft der Welt entwickelt. Der Euro konkurriert mit dem US-Dollar um den Status als Reservewährung im Welthandel. Beschlüsse, die von der Europäischen Zentralbank, dem Europäischen Rat oder der Europäischen Kommission gefasst werden, wirken sich auf das Leben von Millionen Menschen außerhalb der EU aus. Mit dem EU-Vertrag von Lissabon erhält das Europäische Parlament Mitentscheidungsbefugnisse in der EU-Handelspolitik. Die EU ist heute ein äußerst bedeutender Akteur und steht deshalb bei der Gestaltung ihrer Wirtschaftspolitik in der Pflicht, den richtigen Kurs einzuschlagen, weg von dem derzeitigen gefährlichen Kurs der wirtschaftlichen Globalisierung.

Die europäische Grüne Partei lässt sich von ihrem Glauben an die Übertragung von Verantwortung an die Menschen leiten. Das bedeutet, dass Strukturen benötigt werden, die es den Menschen ermöglichen, sich am Wirtschaftsgeschehen nach ihrem Willen zu beteiligen. Um eine solche Freiheit herzustellen, muss das lokale oder regionale Beschlussfassungssystem in die Lage versetzt werden, internationale Strukturen, soweit sie angemessen sind, nicht zu ersetzen, sondern Beteiligungsmöglichkeiten zu schaffen, die Wirtschaft zu stabilisieren und die Sichtbarkeit und Vielfalt von Wirtschaftsprozessen und ihren Auswirkungen immer dann zu steigern, wenn , wo es möglich und sinnvoll ist.

Das angemessene Niveau und die geografische Struktur von Produktion und Handel sind ein komplexes Thema. Bestimmte Produkte lassen sich erst auf globaler Ebene wirtschaftlich herstellen, während in anderen Fällen die Produktion auf regionaler oder lokaler Ebene am effizientesten ist. Ein Großteil des Welthandels ist umweltschädlich und führt nirgendwo zu einer echten Wertschöpfung, da viele der aus anderen Erdteilen bezogenen Waren nur die Unterschiede zwischen den sozialen und ökologischen Dumpingpraktiken zwischen den einzelnen Ländern widerspiegeln. Nachhaltige Entwicklung erfordert eine drastische Reduzierung des umweltschädlichen Handels; dabei ist der gesamte ökologische Fußabdruck zu berücksichtigen, der sich in den Preisen widerspiegeln muss. Aus diesem Grund brauchen wir einen internationalen Rechtsrahmen, der globale Normen für nachhaltige Entwicklung festlegt. Diese Normen müssen einen fairen Wettbewerb durch die Herstellung von gleichen Ausgangsbedingungen garantieren, und dies kann nur erreicht werden, wenn die Marktakteure daran gehindert werden, globale Allgemeingüter („global commons“) auszubeuten und sich selbst dadurch einen Wettbewerbsvorteil zu verschaffen.

Dieser Rechtsrahmen muss mit dem in der Rio-Erklärung der Vereinten Nationen von 1992 erwähnten Grundsatz der gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortlichkeiten in Einklang stehen. Da die Industriestaaten die Hauptverantwortung für die Schädigung der Umwelt und die Erschöpfung natürlicher Ressourcen tragen, müssen sie auch die strengsten Verpflichtungen auf sich nehmen und gleichzeitig die Entwicklungsländer unterstützen, damit diese mit der Zeit in der Lage sind, die globalen Normen einzuhalten. Die EU muss den zollfreien Zugang für Einfuhren aus den 49 am wenigsten entwickelten Ländern („Alles außer Waffen“) beibehalten und ihre Hilfe, die auch Technologietransfer umfasst, aufstocken, um diesen Ländern dabei zu helfen, ihre Wirtschaftsentwicklung nachhaltig zu gestalten.

Darum schlagen wir Grüne Folgendes vor:

- Die internationalen Handelsregeln müssen die Möglichkeit der Bildung regionaler und kontinentaler Wirtschaftszonen vorsehen. Sie müssen so geändert werden, dass der Aufbau effizienter und wettbewerbsfähiger regionaler und sogar lokaler Industrien erleichtert wird, indem der Bezug lokaler Güter gefördert wird und den lokalen und regionalen Gebietskörperschaften sowie den nationalen Regierungen bei der öffentlichen Auftragsvergabe größere Freiheiten gelassen werden.
- Für Patente von Privatbetrieben, die für die weltweite Bekämpfung von Krankheiten und Klimawandel unerlässlich sind, muss eine Pflichtzulassung vorgesehen werden, wobei die Entwicklungskosten angemessen zu berücksichtigen sind. Dies wird auch zu einer rascheren Verbreitung nachhaltiger Entwicklungstechnologien und Produkte in der Welt beitragen.
- Entwicklungspolitische Maßnahmen, bei denen die Hilfe an den Freihandel geknüpft ist, sind durch Programme zu ersetzen, mit denen die Wertschöpfung vor Ort

verbleibt, indem die grundlegende Infrastruktur in den Bereichen Bildung und Gesundheit gefördert und den Gemeinden politischer Spielraum gelassen wird, der es ihnen ermöglicht, einen eigenen nachhaltigen Entwicklungsansatz zu gestalten.

- Die Geberländer müssen ihre Beihilfeströme für programmierbare multilaterale und bilaterale Beihilfen, insbesondere für die am wenigsten entwickelten Länder, auf mindestens 0,7 % des BIP anheben, damit alle Länder in der Lage sind, die Millenniums-Entwicklungsziele, insbesondere die Halbierung des Grads der Armut ihrer Bevölkerung, eine allgemeine Grundbildung für alle Mädchen und Jungen sowie allgemeinen Zugang zu medizinischer Versorgung und sauberem Trinkwasser, bis 2015 zu erreichen. Im Besonderen müssen alle EU-Mitgliedstaaten endlich ihr Versprechen einlösen und das, was sie predigen, auch umsetzen.
- In Ergänzung zu nationalen und multilateralen Beihilfen muss ein weltweiter UN-Fonds eingerichtet werden, in den die Einnahmen aus der Besteuerung globaler öffentlicher „Übel“ wie der grenzüberschreitenden Umweltverschmutzung (z. B. weltweite Steuer auf Flugtickets) und der Finanzspekulationen (Erhebung einer Art Tobin-/Spahn-Steuer auf Spekulationen) sowie einer Gebühr für die Ausbeutung von Ressourcen in internationalen Gewässern fließen.
- Die öffentlichen Schulden der ärmsten Entwicklungsländer müssen vollständig erlassen werden.
- Die internationalen Handelsregeln, wie sie von einer umfassend reformierten Welthandelsorganisation (WTO) verkörpert werden, müssen gerecht gestaltet werden und den höheren Zielen einer echten nachhaltigen globalen Entwicklung (einschließlich sozialer Rechte, ökologischer Nachhaltigkeit und Verbraucherschutz) untergeordnet werden. Deshalb setzen sich die Grünen dafür ein:
 - dass die internationalen Rohstoffübereinkommen zur Stabilisierung der Preise der unbeständigsten landwirtschaftlichen Exportgüter insbesondere Kleinerzeugern faire und stabile Erträge garantieren und Erzeuger wie Verbraucher entlang der gesamten Lieferkette einbeziehen;
 - dass Einfuhren in die EU aus Ländern, die internationale Klimaabkommen nicht ratifiziert haben, sie nicht einhalten oder die Kernarbeitsnormen der IAO nicht umsetzen, mit einer Ausgleichsabgabe belegt werden müssen, um gleiche Ausgangsbedingungen herzustellen;
 - dass international zertifizierte Fair-Trade-Produkte in der EU eine echte Chance bekommen, indem die öffentlichen Stellen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge zu einer Politik der positiven Diskriminierung zugunsten dieser Erzeugnisse verpflichtet werden, an den EU-Grenzen auf Fair-Trade-Produkte keine Zölle

erhoben werden und größere Einzelhandelsunternehmen verpflichtet sind, Fair-Trade-Produkte anzubieten;

- dass die WTO enger in ein reformiertes und demokratisiertes System der Vereinten Nationen eingebunden wird, dessen weltweite Gerechtigkeitsziele Gegenstand der Arbeit eines Wirtschaftssicherheitsrats der UNO ist. Ebenso müssen Weltbank und Internationaler Währungsfonds (IWF) so reformiert werden, dass die Stimmen der Entwicklungsländer sich in ihren Entscheidungsprozessen ausreichend widerspiegeln; ferner müssen die beiden Institutionen dem genannten UN-Wirtschaftssicherheitsrat unterstehen.

Grüne Beschäftigungspolitik: das Ziel der Vollbeschäftigung

Wir Grüne sind der Ansicht, dass eine Wirtschaft nur florieren kann, wenn sie die Energie und Kreativität ihrer Bürger mobilisieren kann, um für sich selbst und die Gesellschaft, an der sie sich beteiligen, einen Wertzuwachs zu erzielen. Diese Mobilisierung kann nicht dadurch erreicht werden, dass man den Markt einfach sich selbst überlässt, sondern erfordert eine aktive Beteiligung des Staates.

Bei der Wertschöpfung im Sinne der Grünen geht es nicht um die reine Anhäufung materiellen Reichtums oder die Markttätigkeiten, denn auch kulturelle, politische, künstlerische, pädagogische und wissenschaftliche Tätigkeiten tragen zum allgemeinen Wohlstand bei. Außerdem sind nicht alle Tätigkeiten, die zu Wertzuwachs führen, zwingend bezahlte Tätigkeiten. Ein großer Teil von ihnen ist ehrenamtliche Arbeit, und die Grünen unterstützen dies. Allerdings müssen all diese Tätigkeiten gesellschaftlich anerkannt und entsprechend vergütet werden (dabei ist die breite Kluft zwischen Männern und Frauen bei der Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit wie auch in Bezug auf den wirtschaftlichen Wert der verschiedenen Tätigkeiten im Allgemeinen zu berücksichtigen). Folglich kann die Tätigkeit einer Person im Laufe ihres Lebens unterschiedliche Formen annehmen. Die Tätigkeiten mit der meisten Anerkennung sind heutzutage bezahlte Tätigkeiten in allen Bereichen der Wirtschaft (siehe oben), aber auch sich selbst zu bilden, Kinder oder Angehörige zu pflegen und der Gemeinschaft Zeit zu widmen, können Wege sein, für die sich Menschen zu bestimmten Zeiten ihres Lebens entscheiden können, um einen Beitrag zur Gesellschaft zu leisten. Wir Grüne unterstützen das Ziel der „Vollbeschäftigung“ für alle Menschen, die eine bezahlte Arbeit suchen; jedoch muss dieses Ziel unserer Ansicht nach auf „Vollbetätigung“ ausgeweitet werden.

Für die Grünen sind die Rechte der Menschen an Pflichten geknüpft. Wir definieren die Pflichten aller betroffenen Wirtschaftsteilnehmer wie folgt:

- Die Gesellschaft muss Bedingungen schaffen, unter denen sich das gesamte Potenzial eines jeden Menschen im Hinblick auf „Vollbetätigung“ entwickeln und honoriert werden kann.

- Die Arbeitgeber in allen Sektoren müssen diese Bedingungen zur Anwendung bringen und sie ohne Furcht vor Diskriminierung ausnutzen.
- Die Bürger müssen die sich ihnen bietenden Möglichkeiten nutzen und sicherstellen, dass sie einen Beitrag zur Gesellschaft insgesamt leisten. Allerdings stellen wir fest, dass in unseren Gesellschaften eine immer größere Zahl von Menschen in prekären oder befristeten Arbeitsverhältnissen, insbesondere Frauen, keinen gesellschaftlichen Beitrag leisten, sondern von Sozialleistungen und sozialen Rechten ausgeschlossen sind. Außerdem gibt es Bürger, die aus den unterschiedlichsten Gründen (Krankheit, Sucht, Behinderung) nicht in der Lage sind, einen gesellschaftlichen Beitrag zu leisten; sie müssen von der Gesellschaft angemessen unterstützt werden.

Die Verknüpfung von Flexibilität und Sicherheit ist in der Tat ein sehr grünes Konzept. Dennoch dient der Begriff „Flexicurity“ zu oft als Deckmantel für unbeschränkte Flexibilität und Deregulierung. Während unsere Gesellschaften und Volkswirtschaften Flexibilität benötigen, um den Herausforderungen einer im Wandel begriffenen Welt begegnen zu können, hat der Staat die Pflicht, die Bürger vor den Auswirkungen wirtschaftlicher Schwankungen zu schützen und auf hohem Niveau liegende soziale Normen und Arbeitsbedingungen zu garantieren. Aus diesem Grund ist Sicherheit für die Grünen genauso wichtig wie Flexibilität. Die Grünen sehen in einem starken institutionalisierten Dialog zwischen den Sozialpartnern als Vertretung von Arbeitnehmern und Arbeitgebern ein wichtiges Instrument, um diese Ziele ins richtige Gleichgewicht zu bringen. Eine wichtige Rolle würde dieser Dialog bei der Gestaltung der Regeln und Instrumente (Vertragsbedingungen, Löhne und Gehälter, Leistungen usw.) des Arbeitsmarktes spielen. Die Grünen wenden sich gegen eine Ausweitung des Ursprungslandprinzips auf die sozialen Rechte (Sicherheit, Gesundheit, sozialer Schutz, Löhne und Gehälter), um Sozialdumping zu verhindern.

Im Bereich des Arbeitsmarktes schlagen wir konkret Folgendes vor:

- Der Rechtsrahmen muss sicherstellen, dass für alle anerkannten Arten menschlicher Tätigkeit das Recht auf Sozialleistungen (Gesundheit, Arbeitslosigkeit, Altersversorgung, Elternurlaub, Kinderpflege, Behinderung) gilt und tätigkeitsübergreifend selbstbestimmte Flexibilität ermöglicht.
- Die Arbeitszeitvorschriften müssen den Bürgern ausreichend Zeit für Tätigkeiten außerhalb ihres Arbeitsverhältnisses lassen und so viele Anreize zur Schaffung von Arbeitsplätzen wie möglich geben. Deshalb unterstützen die Grünen alle Arten kollektiver beziehungsweise individueller freiwilliger Maßnahmen zur Senkung der Arbeitszeit unter Berücksichtigung der Entwicklung der Produktivität der Arbeit sowohl in der EU als auch andernorts. Hinsichtlich der ungleichen Verteilung von Teilzeitarbeit auf Männern und Frauen (Teilzeitbeschäftigung wird mehrheitlich von Frauen ausgeübt) befürworten die Grünen Maßnahmen, die Männern Anreize

zur Verkürzung ihrer Arbeitszeit gibt.

- Dieser Rechtsrahmen muss echte Anreize für die Aufnahme einer Tätigkeit schaffen. Das bedeutet, die Besteuerung weg vom Faktor Arbeit (siehe unten) auf die Bereiche Kapital und Energie zu verlagern, um Arbeitgeber anzuspornen, Arbeitsplätze zu schaffen und Energie zu sparen; das bedeutet aber auch, dass die Kombination von Arbeitslosengeld und Anreizen so gestaltet ist, dass die Aufnahme einer angemessenen Arbeit oder Tätigkeit sich für den Bürger in jedem Fall finanziell lohnt. Diese Anreize müssen mit einer Anhebung der Grundversorgung einhergehen, damit diejenigen, die nicht arbeiten können oder keine Arbeit finden, nicht sich selbst überlassen werden.
- Die Gleichstellung zwischen Männern und Frauen auf dem Arbeitsmarkt muss Wirklichkeit werden. Konkret bedeutet dies Gleichstellung bei der Sicherheit des Arbeitsplatzes, insbesondere bei der Vergütung, den Arbeitnehmerleistungen und der Auswahl von Bewerbern. Damit verbunden sind spezifische Maßnahmen wie Kinderpflegeeinrichtungen, Maßnahmen zur Erleichterung der Rückkehr an den Arbeitsplatz nach dem Elternurlaub und Anreize für Männer, familienbezogene Tätigkeiten zu übernehmen.
- Es müssen konkrete Maßnahmen zur Förderung der gleichberechtigten Teilnahme von Migranten am Arbeitsmarkt ergriffen werden.
- Um Anreize für die Gründung von Unternehmen zu geben, müssen Selbständige die Möglichkeit erhalten, sich auf der Grundlage angemessener Beiträge an den Systemen der sozialen Sicherheit (z. B. Arbeitslosigkeit, Altersversorgung, Elternurlaub, Invaliditätsbeihilfe usw.) zu beteiligen.
- Allgemeiner und beruflicher Bildung muss in der staatlichen Politik eine wichtigere Rolle zukommen, um zu gewährleisten, dass jedermann die Möglichkeit erhält, seine Fähigkeiten voll zu entfalten. Konkret bedeutet dies, die Mittel für Bildung zu erhöhen, aber auch, geeignete Rechtsvorschriften zu verabschieden, die den Bürgern eine lebenslange Weiterbildung ermöglichen (z. B. Förderung von Programmen für lebenslanges Lernen, flexible Handhabung der Möglichkeit des Urlaubs zur persönlichen Weiterbildung, Verpflichtung der Arbeitgeber, bezahlte Fortbildungsmaßnahmen anzubieten oder zu erlauben usw.).
- Staatliche Behörden müssen Arbeitslose individuell aktiv unterstützen und ihnen dabei helfen, eine Tätigkeit (Beschäftigung, Ausbildung usw.) zu finden, die ihren Zielen und Bedürfnissen entspricht und es ihnen ermöglicht, einen Wert schaffenden Beitrag für die Gesellschaft zu leisten. Konkret werden geeignetes Personal und angemessene Finanzmittel benötigt, um diese individuelle Hilfe zu ermöglichen.

- In allen Ländern der Europäischen Union muss ein Mindesteinkommen garantiert werden, das je nach Sektor oder geografischer Lage unterschiedlich ausfallen kann.
- Europäische Betriebsräte müssen erweiterte Kompetenzen erhalten, wie sie vom EGB gefordert werden.
- Auf die Verschärfung des Arbeitsrechts muss größeres Gewicht gelegt werden, um sicherzustellen, dass Schwarzarbeit - von der inzwischen zahlreiche Sektoren wie z. B. der Bereich der Altenpflege zunehmend abhängig sind - wirksam bekämpft wird; dabei ist das Augenmerk auf gegen Gesetze verstoßende Arbeitgeber zu richten, die für die Arbeitnehmerrechte ihrer Beschäftigten in die Pflicht zu nehmen sind. Konkret bedeutet dies, dass ausreichend Personal und Mittel bereitgestellt werden müssen, um eine wirksame Kontrolle zu ermöglichen.
- Wir befürworten den Ausschluss von Unternehmen von der öffentlichen Auftragsvergabe und von öffentlichen Zuschüssen in Fällen, in denen beispielsweise die Gleichstellung der Geschlechter oder die Arbeitnehmerrechte nicht beachtet werden.

Steuern und Subventionen

Eine grüne Steuer- und Subventionspolitik trägt zu einer sozial und ökologisch gerechten Gesellschaft bei.

Steuern haben in der Wirtschaft drei Aufgaben. Erstens sichern sie Einnahmen für öffentliche Waren und Dienstleistungen. Zweitens sind sie ein Mittel, um Einkommen und Wohlstand zwischen Bürgern und Regionen neu zu verteilen, und drittens ein Weg zur Ausrichtung der wirtschaftlichen Tätigkeiten auf das Ziel, diejenigen Tätigkeiten zu fördern, die dem Allgemeinwohl dienen und unerwünschte Auswirkungen möglichst gering halten. Besonders in Bezug auf die Bekämpfung des Klimawandels dienen Steuern, Abgaben und Emissionshandel als Mittel, um eine wirksame Ressourcenverteilung zu gewährleisten.

Steuern und Subventionen müssen transparent, gerecht und einfach zu verwalten sein. Die sozial-ökologische Steuerreform der Grünen verlagert das Gewicht fort von der Arbeit und hin zur Nutzung endlicher natürlicher Ressourcen und einer stärkeren Besteuerung von Vermögen. Es ist nicht hinnehmbar, dass Arbeit als Produktionsfaktor höher besteuert wird als Vermögen.

Der Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Steuerbetrug muss größeres Gewicht beigemessen werden; wofür es entsprechende Mittel bereitzustellen gilt.

Konkret schlagen wir Grüne Folgendes vor:

- **Öko-Steuern und Öko-Prämien:** Öko-Steuern und Öko-Prämien führen über die Förderung umweltfreundlicher Produkte und Dienstleistungen zu einer nachhaltigen Wirtschaft. Umweltfreundliches Konsumverhalten muss finanziell belohnt statt bestraft werden. Vor diesem Hintergrund muss die CO₂- und Energiesteuer zu einem zentralen Element der Steuerpolitik werden und darf nicht nur eine zusätzliche Option eines Steuersystems darstellen, das sich derzeit nicht zugunsten des Umweltschutzes und der Bekämpfung des Klimawandels auswirkt.

Je teurer Energie wird, desto attraktiver wird die Energieeinsparung. Nachhaltige erneuerbare Energien müssen niedriger besteuert werden als Energien aus fossilen Brennstoffen.

Beispielsweise darf es im Flugverkehr keine steuerlichen Privilegien mehr geben, während andere Beförderungsarten wie die Bahn mit Steuern belegt werden. Im Wohnungssektor muss Energieeffizienz durch sozial gestaltete Subventionen gefördert werden.

- **Gerechte und progressive Einkommensteuer:** Die Grünen sind der Ansicht, dass eine gerechte Einkommensteuer alle Einkommensquellen berücksichtigen muss. Die an einen Mindestbetrag gebundene Besteuerung von Einkommen muss progressiv erfolgen, um sicherzustellen, dass die Steuerpflichtigen ihren Beitrag in Abhängigkeit von ihrer Leistungsfähigkeit leisten. Steuervergünstigungen müssen sozial und ökologisch gerecht sein und nachhaltige Investitionen fördern.
- **Bekämpfung eines Wettlaufs „nach unten“ bei der Unternehmenssteuer:** Um einen schädlichen Steuerwettbewerb zu vermeiden, befürworten die Grünen einen gemeinsamen Rahmen für die Besteuerung von Unternehmen nach dem Vorbild des bestehenden Mehrwertsteuerrahmens. Dies sollte eine harmonisierte Steuergrundlage und unterschiedliche Steuermindersätze beinhalten (d. h. einen verhältnismäßig niedrigen Steuermindersatz für die neuen Mitgliedstaaten in der Aufholphase und einen höheren für die alten EU-Mitgliedstaaten). So soll sichergestellt werden, dass Unternehmen in angemessener Höhe zum Steueraufkommen der Union beitragen.
- **Die Vermögensteuer als gerechter Beitrag zum Steueraufkommen:** Vermögen müssen in angemessener Höhe zum gesamten Steueraufkommen beitragen. Da die ungleiche Verteilung von Einkommen und Vermögen in der Europäischen Union zunimmt, spielt die Vermögensteuer bei der Reduzierung dieser Ungleichheiten eine entscheidende Rolle. Sie würde die Mitgliedstaaten in die Lage versetzen, dem Gemeinwohl dienende Waren und Dienstleistungen zu finanzieren und die Besteuerung des Faktors Arbeit zu reduzieren. In Bezug auf die Allokation könnte die Vermögensteuer sogar die Effizienz von Vermögenswerten wie Grundkapital verbessern.

- **Einführung der Tobin-/Spahn-Steuer:** Finanzspekulationen beschwören große Gefahren für die Stabilität der Realwirtschaft herauf und lassen die Kluft zwischen Arm und Reich größer werden. Eine Art Tobin-/Spahn-Steuer auf Finanzgeschäfte kann dazu beitragen, die Volatilität der internationalen Finanzmärkte zu verringern. Außerdem generiert sie hohe Einnahmen vor allem auf der Grundlage von Geschäften in hoch entwickelten Ländern und sollte daher genutzt werden, um die internationale Entwicklungsarbeit zu unterstützen.
- **Aussprache über die Einführung eines Systems zur Bekämpfung von Treibhausgasemissionen:** Durch ein System für die Begrenzung von und den Handel mit Kohlendioxidemissionen kann der CO₂-Gesamtausstoß gesenkt und ein CO₂-Preis festgesetzt werden.

Der Weg nach vorn

Die Herausforderungen, vor denen die Menschheit steht, sind ungeheuer groß. Milliarden Menschen streben einen grundlegendsten Lebensstandard an: die Fähigkeit, sich selbst zu ernähren, Zugang zu sauberem Trinkwasser, eine menschenwürdige Unterkunft, Zugang zu medizinischer Versorgung und grundlegender Bildung in einer friedlichen und gesunden Umgebung. Auch in den Teilen der Welt, die über Jahrhunderte oder Jahrzehnte ein schnelleres Wirtschaftswachstum verzeichnen konnten, müssen Antworten auf wichtige Fragen gefunden werden: die immer raschere Zerstörung unserer Umwelt und die Erschöpfung der Erdressourcen, die wachsenden sozialen Ungleichheiten, die steigende Abhängigkeit von Drogen, den Zerfall des sozialen Gefüges - alles Beispiele dafür, dass sich unsere Gesellschaft in keinem besonders guten Zustand befindet. Nicht zuletzt bedroht das Problem des Klimawandels unmittelbar das Überleben der Menschen auf diesem Planeten.

Wenngleich wir die Bedrohung nicht unterschätzen, sehen wir Grüne den Klimawandel auch als Chance. Lasst ihn uns als Weckruf für die Menschheit und als Wendepunkt in der Geschichte des Planeten Erde betrachten. Die Zeit ist reif für eine Wirtschaft, die für die Menschen arbeitet - nicht nur für einige wenige im Hier und Jetzt - und nicht umgekehrt. Sie muss ein Instrument sein, mit dem die vorgenannten Herausforderungen erfolgreich angegangen werden können und das unsere Gesellschaften auf den Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung bringt.

Die Wirtschaft wird nicht von allein in eine andere Richtung schwenken. Notwendig ist eine Beteiligung aller Akteure. Regierungen und Behörden tragen Verantwortung gegenüber ihren Bürgern. Sie müssen wieder die Initiative übernehmen, neue Bedingungen für den wirtschaftlichen Wettbewerb festlegen, Ziele ausgeben, Anreize schaffen, in wichtige Sektoren wie Bildung und Gesundheit investieren, aber auch Bedingungen herstellen, unter denen die Kreativität und die Erfindergabe der Menschen und der Unternehmen sich entwickeln und entfalten kann. Ferner müssen Unternehmen aller Größenordnungen sich

diesen Herausforderungen stellen und die neuen Spielregeln akzeptieren, und zwar nicht nur auf lokaler, sondern auch auf globaler Ebene. Sie müssen anerkennen, dass demokratische Regierungen die Wächter des Allgemeinwohls sind. Die Regierungen wiederum müssen anerkennen, dass wir den Herausforderungen nur gewachsen sind, wenn es erfolgreiche und innovative Unternehmen gibt, die auf einem offenen, transparenten und gerechten Markt operieren. Genossenschaften, Verbände und Nichtregierungsorganisationen müssen sowohl den Weg in die neue Welt weisen als auch Regierungen wie Unternehmen überwachen. Nicht zuletzt ist es unser aller Aufgabe, als Bürger, Verbraucher, Studenten, Arbeitnehmer, Selbständige oder Geschäftsleute, verantwortlich zu handeln. Schließlich sind die vorgenannten Akteure zuallererst Menschen, und Menschen sind der Garant für unsere Zukunft.

Häufig wird behauptet, dass die Annahme von Herausforderungen, die über kurzfristige Gewinnmaximierung hinausgehen, ein Totengräber der Wirtschaft sei. Unsere Antwort darauf lautet, dass die Wirtschaft, wenn wir diese Herausforderungen nicht annehmen, zum Totengräber unseres Planeten und seiner Bewohner wird. Die Geschichte zeigt, dass wichtige Entwicklungen wie die Entstehung der sozialen Rechte in den Industrieländern keinen Untergang der Wirtschaft bewirkt haben; sie haben vielmehr das Wachstum in nie dagewesene Höhen schießen lassen (wenngleich auf Kosten der Umwelt!). Wir Grüne sind der Auffassung, dass wir, wenn wir unsere Gesellschaften auf den Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung bringen, einen ähnlichen Effekt erzielen werden. Bereits heute entstehen Hunderttausende Arbeitsplätze in Ländern, die Vorreiter einer grünen Wirtschaft sind. Europa hat die Chance, in einer Wirtschaft des Wissens und der Innovation eine Führungsrolle zu übernehmen. Da der Klimawandel weiter voranschreitet, ist jetzt die Zeit zu handeln.